

# Saale-Beitrag.

Anzeigen

werden die Spaltenzeit oder deren Raum mit 20 Pfg. solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und für Expedition, von unsern Annoncenstellen aus, alle mit Annoncen-Expeditoren angenommen. Bestimmen die Seite 75 Pfg. Erhalten wöchentlich fünfmal; Sonntag und Montag einmal, sonst zweimal täglich.

(Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.)

### Bezugspreis

für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei regelmäßiger Zustellung 2,75 M., durch die Post 3,25 M., auswärts Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Am nächsten Bettagungs-Berichtsnummer Nr. 6816 eingetragen.

Für die Redaktion verantwortlich: S. B. Dr. W. B. in h e r in Halle. Erscheinung von 10<sup>h</sup>, bis 12<sup>h</sup>, Uhr. (Verantwortl. Redaktion Nr. 2522. - Expedition Nr. 176.)

Sechsmunddreißigster Jahrgang

Nr. 365.

Halle a. d. Saale, Freitag, den 7. August

1903.

## Die Monopolwirtschaft in den Kolonien.

Deutschland hat sich durch die Erteilung riesiger Landkonzessionen in seinen afrikanischen Kolonien eine Last aufgebürdet, die in vielen Gegenden das notwendige wirtschaftliche Vorankommen seines Kolonialbesizes geradezu ausschließt. Die Konzessionen sind die einzigen, die von der Bodenwertsteigerung und vor allem, was zur Entwicklung der Kolonien geschieht, Vorteil haben. Sie selbst aber tun wenig oder nichts und warten vielmehr nur ruhig, bis die Regierung in ihren Nebenarbeiten kolonialer, Verkehrswege, Sicherheitsvorrichtungen, Wasseranlagen usw. schafft und dadurch den Bodenwert steigert. Das Reich und die Steuerzahler müssen bluten, während die Herren von den Landgesellschaften, wenn auch nicht immer hohe, so doch mäßige Gewinne einheimen können. Schuld daran trägt die Erteilung unserer Kolonialverträge zur Zeit der Erstellung der Konzessionen. Wie von vielen Seiten wiederholt bemerkt ist, ist ein Problem, über dem kolonialer Kreise schon lange vergeblich brüten. Der Wunsch, das ein Ausweg aus der Sachlage gefunden werde, ist allgemein. Das Bestreben wiederum, sogar einer gewissen Leidenschaftlichkeit verfallen, die der Sache nicht dienlich ist. Man redet als dem Mittelstücken nach noch den haarklein Kleinanstellungen das Wort und möchte das Großkapital ganz ausschließen. Dieser Leidenschaftlichkeit tritt eine sachliche Aufsicht wirksam entgegen, die Prof. Dr. Anton in Jena an die Deutsche Kolonialgesellschaft richtete, der er seinen Vortrag über das Thema *Régime foncier aux Colonies* zum Abdruck zur Verfügung stellt, den er auf der diesjährigen Tagung des Internationalen Kolonialinstituts in London halten wird. Er warnt vor allem vor der Maßlosigkeit, mit der heute in den Kolonien jegliche Konzessionserteilung bekämpft wird. Professor Anton jagt in dem Schreiben:

„Gern entspreche ich Ihrem Wunsche und überlasse Ihnen die Ausführungen, mit denen ich auf der Londoner Tagung des Internationalen Kolonialinstituts die Debatte über die Landfrage in den Kolonien einleitete, zum Abdruck in Ihren Beiträgen. Nur möchte ich dabei hervorheben, daß ich bei meinen Darlegungen, ihrem Zweck entsprechend, an die außerordentlich dankenswerten Bemühungen, die Landfrage in unseren deutschen Kolonien einem eingehenden Studium zu unterwerfen, nicht gedacht habe; ich hätte anderenfalls nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, wie bei dem aus unserer Konzessionspolitik in Südwestafrika und Kamerun nur zu verständlichen Verträgen weiter Kreise, den Mehrwert des Bodens der Allgemeinheit zu sichern, die Gefahr nahe liegt, daß das Kind mit dem Bade ausgeschüttet wird, indem man durch zu weit gehende Beteiligung des Staates der Mehrwertsteigerung überhaupt entgegenkämpft. Der jetzt so oft gehörte Ruf, die vortreffliche Klausurver Bodenpolitik auf unsere übrigen Schutzgebiete zu übertragen, ist in dieser Allgemeinheit falsch. Höchstens könnte es sich um eine teilweise Übertragung auf geeignete Küstenplätze und Verkehrsstipendien handeln, niemals aber um so große, noch unerschöpfliche Gebiete im Innern des Landes, wie sie den Gegenstand z. B. der Kameruner Konzessionen bilden.“

Wir dürfen doch nicht übersehen, daß bei der Klausurver Bodenpolitik, richtiger gesagt bei der städtischen Bodenpolitik in Frankfurt a. M., es sich nur um ein städtisches Weidewirtschaftsgebiet handelt von beschränktem Umfang, vorzüglich für den Handelsverkehr gelegen an einer Weltkathedrale und am Rande eines außerordentlich bevölkerten Niederlandes von alter Kultur sowie eines reichen Vergewerbetesgebietes: alles Umstände, die eine wesentliche Wertsteigerung des Bodens in so gut wie sichere Aussicht stellen und andererseits soviel Reiz auf das Privatkapital ausüben könnten, daß von der Beteiligung der Gemeinde und des Staates an der Bodenwertsteigerung keine Absprechung des Kapitals zu befürchten war.

In Kamerun hingegen handelt es sich um ungeheure Landflächen tief im Innern des Schutzgebietes in fast noch völliger Wildnis mit fläucher Bevölkerung, der städtischen gar nicht zu vergleichen. Gätte unter solchen Bedingungen, bei denen das Risiko für die Unternehmer viel größer ist, die Regierung die Grundfläche der Klausurver Bodenpolitik zur Anwendung bringen wollen, so würde sie nirgends in der Welt das Großkapital gefunden haben, das nötig ist, um den tropischen Kolonie zu erschließen. Da es sich um eine tropische Kolonie handelt, und zwar nicht um deren küstennahen Distrikte, so konnte das Kleinkapital nicht in Betracht kommen, während andererseits, um die Aufgabe in unmittelbarer Staatsstätigkeit auszuführen, die hierzu erforderlichen Mittel von den deutschen Steuerzahlern gewiß nicht herbeigegeben worden wären. Jene Gegenden würden einfach unerschlossen geblieben sein und von einer Beteiligung der Allgemeinheit an der Bodenwertsteigerung wäre überhaupt keine Rede gewesen.“

So läßt sich meines Erachtens gegen die Berufung des Großkapitals zur Erschließung jener Gebiete gewiß nichts sagen. Die offene Frage ist in der Hauptsache nur die: ob die Bedingungen, unter denen es berufen wurde, einen angemessenen Ausgleich zwischen den Interessen des Staates und der Gesellschaften darstellen, und ob sie nicht insbesondere die zukünftige Entwicklung unserer Kolonien gefährden, indem sie vielfach und durchgreifende Monopole schaffen, alle anderen Kapitalien von der Verwirklichung

der konzidierten Gebiete ausschließen. Auch ist zu bedenken, daß die Regierung nicht das aussergewöhnliche Schachbrettssystem zu Grunde legte, sondern die gewöhnlichen Landfragen in einem einzigen zusammenhängenden Stück den Gesellschaften überließ. In Amerika hat man bekanntlich bei Landkonzessionen so verfahren, daß die konzidierten Flächen mit den von der Regierung vorbehaltenen die schwarzen und die weißen Felder eines Schachbrettes durcheinander liegen. Das hat zur Folge, daß die wirtschaftliche Erschließung durch die Konzessionsgesellschaft nicht nur den Wert der ihr konzidierten Felder hebt, sondern zugleich auch den der dazwischen liegenden Regierungsfelder, sodaß auf diese Weise der Staat an der Bodenwertsteigerung beteiligt wird, ohne diese Beteiligung von den Gesellschaften unmittelbar zu beanspruchen, und daß gleichzeitig ein Monopol des Bodenwertmehrs für die gesamten Verkehrsbeziehungen entsteht.

Die ganze gegenwärtige Bewegung gegen die Monopolkonzessionen, die unsere kolonialfreundlichen Kreise ergriffen hat, entspringt wie ich glaube, dem durchaus begründeten Gefühl, daß eine geschicktere Vertretung unserer kolonialen Interessen, als wir sie damals bei der Konzessionsverteilung besaßen, den Ausgleich zwischen Staats- und Gesellschaftsinteressen in einer für den Staat vorteilhafteren Weise wieder gefunden haben. So sehr ich dieser Ansicht bin, so nahe scheint es mir zu liegen, daß die sehr wünschenswerte Reaktion gegen jene Politik nun in den entgegen gesetzten Fehler verfällt und, anstatt nur die Mißbräuche des Kapitalismus im kolonialen Wirtschaften zu bekämpfen, sich gegen den Kapitalismus überhaupt wendet, der für die wirtschaftliche Erschließung unserer Schutzgebiete unmöglich entbehrt werden kann. Denn durch menschliche Arbeit und Intelligenz allein läßt sich nichts als eine neue Kultur ins Leben rufen; ohne Kapital wäre die Entstehung der modernen Kultur bei uns ebenfalls unmöglich gewesen, wie es die Übertragung der technischen und wissenschaftlichen Erzeugnisse der kolonialen Völker in seine Zonen bezeugt.“

Die Auseinandersetzungen Anton's verdienen in kolonialen Kreisen ernsthafte Beachtung. Es wird den maßgebenden Stellen noch manches Kopfzerbrechen kosten, ehe ein Mittel gefunden ist, wie die früher von unsern Kolonialpolitikern bei uns gemachten Fehler einigermaßen wieder gut zu machen wären. Kgw.

## Deutsches Reich.

Hol- u. Verordnungsblätter.

— Kaiser Wilhelm stante, wie aus Bergen gemeldet wird, gestern abend der Königin-Witwe Margherita von Italien an Bord der „Solante“ einen kurzen Besuch ab.

— Der Kaiser rückt am 1. September in Dresden ein und wird der Reichsstadt einen Besuch ablegen. Für die Abendmittagsstunden ist ein Besuch der deutschen Städtetage in Aussicht genommen, der ca. 2 Stunden in Anspruch nehmen wird. In der Kuppelhalle des Ausstellungspalastes wird der Kaiser von den anlässlich des Deutschen Städtefestes in Dresden versammelten Oberbürgermeistern und Bürgermeistern der deutschen Städte begrüßt werden. Abends findet eine Gala-Dinner im Opernhaus statt, an die sich ein großer Ballspiel auf dem Theaterplatz anschließt.

— Die Kaiserin machte gestern früh in Garmisch mit den Prinzen August Wilhelm und Oskar sowie der Umgebung eine vierstündige Dampfahrt durch den Kraftlokanal in die Rogantinnendüne und posierte hierbei von der Leberbergkuppe betrockene Augenländerden des Niederungsgebietes.

— Der Kronprinz wird auch in diesem Jahre bestimmt zur Rückfahrt im September in Aken a. Elbe entziffern. Der Zug ist noch nicht genau festgesetzt. Es sind bereits für das Gefolge die erforderlichen Räumlichkeiten gemietet worden.

— Auch Landwirtschaftsminister v. Bobbertz ist wieder in Erscheinung getreten und hat in Schlesien bereitet. Er wird am Freitag nach Breslau kommen, um sich von dem Umfange des angestrichelten Schadens zu überzeugen. Der Minister wird unmittelbar nach seiner Ankunft eine Konferenz auf dem Oberpräsidium abhalten.

— Der Chef der Reichsanstalt, Geheimrat Conrad, ist gestern zum Vortrage beim Reichspräsident in Marburg eingetroffen.

— Die Frankfurter Zeitung meldet aus Konstantinopel: Der Attache der deutschen Gesandtschaft in Athen, Mittelmeist v. Baumbach, der hier auf Urlaub weilte, ist heute im deutschen Hospital am Dupuis gestorben.

— Der „Reichsbote“ erzählt aus Bayern die Zukunft eines langjährigen Werts, in der es heißt, von Reichsbote komme die Nachricht, daß Präsident Schein durch die Einwirkung der ihm im Reichsbote Krankenhaus pflegenden katholischen Schwestern katholisch werden wolle und katholischen Unterricht habe.

Offener Brief eines Handwerkers an Minister Müller.

Aus der vollen Praxis heraus ist der Brief eines Handwerkers geschrieben, der die Neben des Ministers Müller über die Lage des Handwerks gelesen hat und sich nun bitter darüber beschwert, daß in Handwerkreisen so viel vom grünen Tisch rezentriert wird, ohne daß man die Leute, die aus dem praktischen Leben urteilen, hört. Der Handwerker Paul Seifert aus Greiffenberg in Schlesien redet — was für ihn nicht — einmal von etwas anderem als vom Beschäftigungsmangel und sieht die Dinge ganz anders an als Minister Müller. Er sagt in dem offenen Briefe: „Wiederholt haben Sie öffentlich, zuletzt in Danzig, sich über die Lage des Handwerks ausgesprochen. Dabei haben

Sie betont, daß die Handwerker rechnen lernen möchten; die Erzeugnisse der modernen Technik sollen sie sich zu Nutzen machen und bei Substitutionen nicht unterliegen. Die Regierung habe die Kommissionen im Interesse des Handwerks ins Ausland geschickt und will auch nächste Jahr eine Kommission nach Amerika senden. Auch hätten der Herr Müller die Handwerker der Handwerker können Segen. Nun, hochverehrter Herr Minister, erlaube ich mir, Ihnen auch einmal äusserlich meine Meinung über die jetzigen Verhältnisse mitzutellen. Ein Handwerker, der noch achtjährig Schulunterricht und nach dreißigjährigem Besuch der Fortbildungsschule sich nicht den Wert seiner Arbeit berechnen kann, ist nicht zu bedauern, tatsächlich ist dieser Fall auch selten. 99 Prozent der Handwerker können schon rechnen, sie haben nur nicht Lust zu rechnen, weil keine Arbeit vorhanden ist; wenn in der Werkstatt nichts zu tun ist, müßt dem tüchtigsten Meister auch die doppelte Wachsahmung nicht. Die Erzeugnisse der modernen Technik, die Verschöpfung neuer Maschinen, das Toilett-Geld, Herr Müller! und ich weiß nicht, ob Sie es wagen, wenn Handwerker ist das Geld knapp, und langt oft kaum zum Lebensunterhalt. Daher wäre es sehr gut, wenn Sie die Kommissionen auch im Inlande herumschickten, damit sie in den Werkstätten in den kleinen Städten Urlaub finden. Da erfahren sie die wirtschaftliche Lage der Handwerkermeister ungeschminkt und richtig. Ihre Herren Minister legen Ihnen hochachtungsvoll die Bitte der Handwerkerkammern vor, was noch nächsten Sie sich Ihr Urteil zu bilden. Wir Handwerker im Vereinigen Reich müssen jährlich für diese Kammer 18,500 Mark aufbringen und haben einen einjährigen Urlaub noch nicht verdient. Für die 200 Mann sind 100 Mark Urlaub und 3000 Mark Beiträge zu leisten, wir Handwerker selber sind durch Versicherung nicht geschützt. Würden die 18.500 Mark, die für die Handwerkskammern aufgebracht werden müssen, als Beiträge einer Versicherung gezahlt, da wäre ein großer Teil bedürftiger, alterstüchtiger Meister vor Not und Elend auf ihre alten Tage geschützt und es gäbe sicher eine Anzahl Sozialdemokraten weniger. Für unser Geld geht sehr der Kammerleiter im Bezirk herum und macht überall Gehörtsheimen zu gründen; wir Handwerker sind aber der Meinung, daß der Gehalt in das Haus des Meisters gehört. Als ich vor vierzehn Tagen in Leipzig am Zimmereisenbau teilnahm, wurde öffentlich erzählt, daß den Lehrlingen das Härtel aufgegeben worden ist: In welchem Monate werden die meisten Menschen geboren? Derartige Scherzreden können nicht zur Bildung und sittlichen Erziehung der Lehrlinge bei; wir verzichten auf solche Methoden und Verhöhnungen. Es ist durchaus anzuerkennen, und jeder umsichtige Handwerker weiß es gut, daß die hohe Regierung sehr besondere Fürsorge der Erziehung der Lehrlinge auswendig; aber man soll praktische Männer heranziehen und im Maß fragen. Erst rechtlich die Kammeren oft Verordnungen und Verfügungen, die den freihändigen Meister belästigen und ärgern. Wir Meister plagen uns mit dem Lehrling und müssen die Kosten tragen; den Nutzen hat die so hoch gepriesene und bevorzugte Großindustrie. Hier liegt nur das Grundübel am Überhandnehmen des Handwerks. Tot ist das Handwerk nicht, aber krank ist es, und die Ärzte, die es behandeln, sind meistens sehr herzlich. Die Ärzte sind die Herren Doktoren der Physiologie usw., die nichts davon verstehen.“

Minister Müller, der selbst aus dem praktischen Leben hervorgegangen ist, wird die Anregung gewiß mit Interesse entgegennehmen. Es wäre den Handwerkern zu wünschen, daß er die hier angeführten Gesichtspunkte in ernsthafte Erwägung äße.

### Politisches.

— Ein gutes Zeugnis für Deutschland stellt vorher seinen Willen der Anarchistenführer Panolowski dar. Er muß ausgehen, daß der Untergang des Anarchismus in Deutschland an Widen immer mehr verliere. Er jagt:

„Die anarchische Bewegung in Deutschland ist fortwährend im Abnehmen begriffen. Quantitativ wie qualitativ hält die heutige Bewegung mit der vor sieben oder zehn Jahren keine Vergleichung aus. Was den deutschen Anarchisten völlig verloren gegangen ist, das ist der Ehrgeiz, sich zu betätigen. Willkür ist der Anarchismus eine Hofenfrage, und die gemeinsame Sache nicht dazu disponiert. Die Konferenzen der deutschen Anarchisten zeichneten sich vorzugsweise dadurch aus, daß auf ihnen viel geredet, wenig beschlossen und meist nichts ausgeführt wurde.“

Die Kulturmenschenheit wird es wohl ohne Ausnahme als einen Segen empfinden, daß den deutschen Anarchisten der Ehrgeiz fehlt, sich zu betätigen und mit Dynamit und Dolch zu arbeiten. Sie müßten völlig losdrehen sein, wenn sie nicht begriffen hätten, daß die einzige Folge solcher Attentate immer nur die ist, daß ein Anarchist mehr um einen Kopf kürzer gemacht wird. Trotzdem gilt es auch in Deutschland noch Anarchisten, und da es nicht ausgeschlossen ist, daß doch einmal der oder jener von dem blutdürstigen Drange nach der „Brotkrumen der Zeit“ erfaßt würde, gilt es für die Polizei, trotzdem gehörig auf der Hut zu sein.

— Unter den Gruppenvorständen des Alldeutschen Verbandes ist strukturiert über das Verhalten des Verbandes nach dem 23. April folgendes geschrieben:

Aus dem Ergebnis der Reichstagswahlen müssen wir m. E. folgende Schlüsse ziehen: 1. Unserer Werbestand in den Landtagen und auf dem Reichstage wurde mehr unter dem Gesichtspunkte künftiger Wahlen planmäßig und allgemein ausgebildet werden, da in absehbarer Zeit in den Groß- und Industriestaaten nationale Wahlen nicht zu erwarten sein werden. Wenn wir allseitige Abgeordnete haben wollen, so werden sie nur aus kleinräumigen oder ländlichen Wahlkreisen heranzukommen können; deshalb müssen wir hier mit aller Kraft einlegen. 2. Damit hängt auch eng die Frage der Ausgestaltung der Organisation davon zusammen, daß wir eine beachtliche Anzahl der besten Arbeiter mit dem besten Willen in den Vorstandskörper der Reichstagswahl eingeleitet werden. 3. Nachdem wirklich allseitige Abgeordnete in den neuen Reichstag nicht gewählt werden sind und die Berechtigung unserer Anwesenheit von der Reichstagswahl nicht möglich ist, scheint es notwendig, in ein engeres Verhältnis zur zuverlässigen nationalen Presse









